

## **P R E S S E I N F O R M A T I O N**

Nr. 35/2009 vom 02.11.2009

### **Allgemeine Dienstpflicht statt Wehrdienstverkürzung**

*Wiesbaden.* In der Debatte um eine mögliche Verkürzung der Wehrpflicht spricht sich die Junge Union Hessen gegen eine solche zeitliche Reduzierung und für die Schaffung einer „Allgemeinen Dienstpflicht für Männer“ aus, erklärten der Landesvorsitzende Ingmar Jung, sein Stellvertreter Patrick Burghardt MdL sowie der Referent für Europa- und Außenpolitik Andreas Kuckro am Montag in Wiesbaden.

„Eine Verkürzung des Wehrdienstes macht für uns keinen Sinn. Zunächst reicht diese Zeit nicht aus, die notwendigen Kenntnisse und die hinter dem Wehrdienst stehende Verantwortung eines jeden Wehrdienstleistenden für unser Land zu vermitteln“, führte Kuckro aus. „Hinzu kommt, dass eine Verkürzung des Wehrdienstes unweigerlich Konsequenzen auf die Dauer des Zivildienstes hat. Auch in diesem Bereich gibt es viele Tätigkeiten – wie etwa der Einsatz als Rettungssanitäter –, die erst erlernt werden müssen. Diese Lehrzeit ‚amortisiert‘ sich erst über die Monate. Eine Verkürzung des Wehrdienstes hätte daher gravierende Folgen für soziale Einrichtungen und Verbände“, ergänzte Burghardt. „Aus den vorgenannten Gründen heraus wollen wir weiterhin, dass jeder junge männliche Erwachsene für einen Zeitraum von mindestens neun Monaten Verantwortung für das Allgemeinwesen übernimmt. Dies ist auch für die Entwicklung der Persönlichkeit jedes Einzelnen förderlich“, unterstrich Jung die Bedeutung eines Dienstes an der Allgemeinheit.

#### **Pressesprecher**

Alexander Krey  
Grimmstraße 19  
63165 Mühlheim am Main  
Telefon (069) 79 83 43 65  
Mobil (0170) 6 56 00 42  
[alexander.krey@ju-hessen.de](mailto:alexander.krey@ju-hessen.de)

#### **Landesgeschäftsstelle**

Frankfurter Str. 6  
65189 Wiesbaden  
Telefon (0611) 37 90 97  
Telefax (0611) 37 10 20  
[ju@ju-hessen.de](mailto:ju@ju-hessen.de)

„Wir fordern daher die Einführung einer ‚Allgemeinen Dienstpflicht‘, die es jedem ermöglicht, zwischen Bundeswehr und zivilem Dienstbereich zu wählen“, erläuterten die drei Jungpolitiker. „Dies ist eine Kernforderung der Jungen Union, die wir schon seit vielen Jahren vertreten“, verwiesen Jung, Burghardt und Kuckro auf ein Thesenpapier des Verbandes aus dem Jahr 2003.

„Bei einer weiteren Verkürzung des Wehrdienstes besteht die Gefahr, dass sich junge Menschen ihrer Verantwortung für unser Land nicht mehr bewusst werden. Zudem lässt sich eine solche Verkürzung nur schwerlich wieder rückgängig machen. Daher bedarf es gerade jetzt der Einführung einer mindestens neunmonatigen ‚Allgemeinen Dienstpflicht‘“, unterstrich Kuckro.

„Wir wollen eine aktive Bürgergesellschaft, in der jeder einen positiven Teil zum Gelingen des Gemeinwohls beiträgt“, müsse laut Jung auch gerade soziales Verantwortungsbewusstsein in der heutigen Zeit verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden.

„Durch die ‚Allgemeine Dienstpflicht‘ würde auch ein Teil der Wehrungerechtigkeit behoben, die mit dem Musterungsverfahren einhergeht; denn wir wollen mit der Ausnahme von Schwerbehinderten und Erwerbsunfähigen, dass jeder junge männliche Erwachsene seinen Teil beiträgt. Dies würde auch insgesamt zu einer steigenden Zahl Dienstleistender im zivilen Bereich führen, die es heute mehr denn je braucht“, schloss Burghardt.

**Pressesprecher**

Alexander Krey  
Grimmstraße 19  
63165 Mühlheim am Main  
Telefon (069) 79 83 43 65  
Mobil (0170) 6 56 00 42  
[alexander.krey@ju-hessen.de](mailto:alexander.krey@ju-hessen.de)

**Landesgeschäftsstelle**

Frankfurter Str. 6  
65189 Wiesbaden  
Telefon (0611) 37 90 97  
Telefax (0611) 37 10 20  
[ju@ju-hessen.de](mailto:ju@ju-hessen.de)